

KOMMENTIERT

Wissenschaft am Bettelstab?

Leistungsverträge im Umfang von über 100 Millionen Mark hat die Industrie in letzter Zeit der Akademie der Wissenschaften genehmigt...

Grundlagenforschung, wie sie vornehmlich Aufgabe der Akademie ist, bedarf es schon, wenn man in Kategorien längerfristiger wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit denkt...

Die Einführung der Marktwirtschaft wird die Dinge keineswegs automatisch richten. Ernsthafte Grundlagenforschung ist immer Arbeit für Übermorgen...

HOLGER BECKER

Altervertrautes

Sie meinen es durchaus ernst, die CDU/CSU-Sprecher, als sie kürzlich im lärmenden Bundestagsstreit über die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer deutschen Vereinigung davor warnen...

Aktuelle Brisanz erhalten die Auseinandersetzungen dadurch, daß hiesige Wirtschaftsleiter und Regierungsmitglieder nun begonnen haben, die DDR-Bürger in die vordeutsche Frontlinie der BRD-Tarifkämpfe zu entsenden...

gerten, verlangen nun mehr oder weniger schroff einen „solidarischen Verzicht“.

In der Wahl ihrer Druckmittel bei Tarifauseinandersetzungen waren die Unternehmerseite und ihre politische Lobby noch nie besonders zimperlich. Schon gar nicht, wenn es darum ging, die einen gegen die anderen auszuspielen...

Deshalb lehnen sie auch jene Pläne ab, nach denen die Vereinigung wie eine hastige Schluckimpfung abgewickelt werden soll. Um die nötigen Vorkehrungen treffen zu können, alle Sozial- und Gewerkschaftsrechte zuverlässig zu garantieren, fordern die DGB-Gewerkschaften nun ihrerseits zur Mäßigung auf.

WERNER OTTO, Bonn

Wohin geht der Osten?

Auf die Frage, wohin der Osten Europas gehe, versuchten die Teilnehmer eines Kolloquiums an der Pariser Sorbonne Antwort zu geben: Darüber, daß der „reale Sozialismus“ gescheitert ist, war man sich einig...

Gysi sprach von unserem Konzept des demokratischen Sozialismus, dem Willen, die sozialen Werte der DDR auch in den Prozess einzubringen, der in Richtung deutsche Einheit führt.

Perestrojka bedeute nach Meinung von KPDSU-Sprecher Andrej Gratschew kein Aufgeben des Sozialismus als Ideal, als Ambition, sondern solle wirtschaftliche Effektivität mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. „Wohin geht der Osten? Die gewünschte Antwort ist zweifellos in Richtung Westen“, meinte Gratschew...

Mir scheint das mehr als berechtigt. Denn höchstens zwei Dutzend westliche Länder können in puncto Lebensniveau des Volkes Osteuropa als Beispiel dienen. Und keines gleich ob „liberal“ oder sozialdemokratisch, hat Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit gebannt. Die Völker im Osten unseres Kontinents müssen ihren Weg wohl selber suchen und finden.

CLAUS DÜMDE, Paris

Verschaukelt

Eine Annonce überraschte bzw. schockierte - je nach Gemütsverfassung - am Mittwoch die Leser der „Sächsischen Zeitung“ in Dresden. Mit dem Wink, die Fußball-WM 1990 doch in Farbe erleben zu können, lud der VEB Robotron-Elektronik Radeberg ein, sich diesen Wunsch durch den Kauf eines Color-Portable-Fernsehgerätes RC 9140 ab Werk vom 26. 2. bis 2. 3. zu erfüllen. Preis 599,00 DM.

fahren, daß der Radeberger Betrieb die Lieferverpflichtungen gegenüber dem Handel nicht in vollem Umfang erfüllt.

Auf Anfrage des ND im Kombinat Robotron sandte uns die Radeberger Betriebsleitung gestern nachmittag ein Schreiben, in dem es heißt: „Der angebotene Verkauf gegen DM findet sehr geteilte Aufnahme und forderte somit den Widerspruch staatlicher Organe sowie Kritik bei der Bevölkerung heraus. Wir mußten uns überzeugen lassen, daß die gültigen gesetzlichen Regelungen einen derartigen Verkauf nicht gestatten. Wir bitten alle Interessenten, von weiteren Nachfragen und einer Anreise zum Werk Abstand zu nehmen.“

Obwohl dieses Schreiben neue Fragen aufwirft, wollen wir allein das Ende eines untauglichen Versuchs konstatieren. Eigenverantwortung - gut und schön, aber nur zum eigenen Nutzen? Verschaukelt fühlen sich die Bürger allemal.

GERD MARBACH

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oschmann, Michael Müller, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther (stellv. Chefredakteur); Rosemarie Blaschke, Peter Berger, Karin Börrre, Hans-Jörg Glöde, Gerd Prokot, Klaus Ulrich. Verlagdirektor Rudolf Danek

Zielung der Partei des Demokratischen Sozialismus

ND-Gespräch mit Dr. ANTJE VOLLMER, Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag

Kein neues Deutschland nach dem Gardemaß des Kanzlers

Die Vereinigungssignale, die uns aus Bonn erreichen, sind eindeutig: Der Zug ist abgefahren, die Streckenführung klar, der Lokführer natürlich bestimmt. Also gar keine Chancen mehr, Einfluß auf Weichenstellung und Tempo zu nehmen?

Ich bin immer im Zweifel, ob es nun heißt, alle müssen rauf auf den Zug, oder ob das nicht auch bedeutet, manche sollen unter den Zug. Eine politische Situation, die nur noch eine Richtung zuläßt, ist unter demokratischen Gesichtspunkten schon diktatorisch. Solange weder die Bürger der DDR noch die der Bundesrepublik mit Wahlen und Volksentscheiden festgelegt haben, welche Richtung der Zug nehmen soll, so lange sollten Politiker tunlichst die Vielfalt der historischen Möglichkeiten offenlassen.

Ich nehme an, mit der jetzt viel gebrauchten Formel „Kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland“ können auch die Grünen gut leben. Wie aber soll die „Europäisierung“ aussehen?

Ich stimme der Formel zu und halte sie zugleich für mißverständlich, weil hinter einer eurozentristischen Politik Hauptfragen wie die nach der Dritten Welt oder der Ökologie auch verschwinden können. Wenn wir von einem europäischen Deutschland sprechen, dann immer von einem dezentralisierten. Wir meinen, daß dieses europäische Haus gerade in der Mitte keine große, starke, ökonomisch dominierende Zentralmacht gebrauchen kann. Unser Europa war immer ein regionales, ein föderales, eines, in dem die Vielfalt der Kulturen eine große Rolle spielt. Und hier, denke ich, hat die DDR etwas einzubringen, aber auch viel zu lernen.

KSZE, die 4+2-Konferenz - das sollten doch brauchbare Instrumentarien zur Steuerung des Vereinigungsprozesses sein.

Sicher, auch unser vorgeschlagenes Modell einer ökologischen Konföderation zähle ich dazu. Entscheidend ist, daß wir gemeinsam den Prozess der deutschen Einigung ungefähr in den Rhythmus der europäischen bringen.

Dazu gehört auch das Stichwort Lastenausgleich, und es geht um die Festlegung der Grenzen. Wenn man ein neues Europa bauen will, muß man diese Vergangenheitsfragen auf eine friedensschaffende Weise lösen.

Ein anderes Stichwort heißt Sozialcharts...

...um soziale Katastrophen wie Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, Unterschiede vernünftig aufzuheben. Und mir ist ein weiterer Punkt noch sehr wichtig: die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Warum?

Die Entwicklung in der BRD wie in der DDR, das, was wir im Demokratisierungsprozess erreicht und noch nicht erreicht haben, macht es notwendig, Neues auf festzuhalten und manches neu zu definieren. Das dauert und braucht Besonnenheit. Deshalb eine konföderative verfassungsgebende Versammlung, gleichberechtigt gestaltet von beiden Parlamenten.

Das einst als Revolution Gepriesene ist offensichtlich Kohl

und Co. keinen Pfennig mehr wert, weil man meint, das Unternehmen zum Nulltarif zu bekommen.

Ein richtiger Eindruck. Die faktische Demütigung der DDR-Delegation jetzt in Bonn zielt wohl schon darauf, auch die Bedingungen für eine dann demokratisch legitimierte Regierung von vornherein zu unterhöhlen. Die Verweigerung der versprochenen Soforthilfe hat die Verunsicherung des Selbstbewußtseins weiter verstärkt. Aber auch in der Bundesrepublik mehrten sich die Stimmen, die sagen: Allein nach dem Gardemaß unseres Kanzlers - so häßlich wollen wir die neue Republik dann doch nicht gestaltet haben.

Die DDR also mehr als eine bloße Konkursmasse. Was hat sie denn auch für eine bekannte scharfe Kritikerin des „real existierenden Sozialismus“ in ein neues Deutschland einzubringen?

Da wäre zum Beispiel das freundschaftliche Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn.

Auch Kunst und Kultur haben hier eine ganz andere Förderung, eine ganz andere gesellschaftliche Bedeutung erfahren als bei uns. Da ist - auch wenn es um eine Verteilung von Mangel ging - das Recht auf Arbeit und damit die Vermeidung einer gewissen Form von Ruhelosigkeit und Existenzangst. Ich nenne das Stück politische Kultur, das der Runde Tisch formuliert, d. h. eine Verpflichtung auf Konsens und damit auch eine Berücksichtigung von Minderheiten.

Für viele ist die Vereinigung bis Ende des Jahres gelaufen. Ein realistischer Fahrplan?

Nein. Es wird bis Ende des Jahres nicht gehen, wenn es noch irgendwie vernünftig gehen soll. Das sagen alle Wirtschaftsfachleute. Auf europäischer Ebene strebt man ja die Währungsunion seit langem an, und sie wird frühestens 1992 für realistisch gehalten. Unter vier, fünf Jahren läßt sich das politisch überhaupt nicht herstellen.

Das Gespräch führte OLAF STANDKE

Wer Marktwirtschaft ruft, muß Arbeitslosigkeit sagen

Berlin (ADN/ND). Rund 70 000 Arbeitslose gibt es in der DDR. Wie Dr. Klaus Grehn, Initiator für einen Arbeitslosenverband, am Donnerstag auf einem gemeinsamen Forum mit Kirchenvertretern in der Stephanus-Stiftung in Berlin mitteilte, rechnet er bis Jahresende mit zirka 500 000 Erwerbslosen. Damit liegt er noch unter Voraussagen westlicher Experten, die 3,6 Millionen prognostizieren.

Vor Betroffenen, Rentnern und Bürgern, die Arbeitslosigkeit befürchten und einer Einladung der Nationalen Bürgerbewegung gefolgt waren, machte Dr. Grehn deutlich, daß in einem künftigen Gesamtdeutschland die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 15 Prozent betragen werde. Die DDR bleibe nach seiner Ansicht ein Sonderterritorium mit bis zu 30-prozentiger Arbeitslosigkeit. „Wer heute nach sozialer Marktwirtschaft ruft, muß Arbeitslosigkeit sagen“, meinte er mit Blick auf die Programme verschiedener Parteien.

Er plädierte für eine Arbeitslosenversicherung, die Qualifizierung der Tätigkeit der Ämter für Arbeit und eine Umschulungsstrategie.

Pfarrer Frank Stolt vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sieht Frauen Behinderte sowie ältere Arbeiter und Angestellte als besonders gefährdet an. Bedroht seien geschützte Werkstätten in Betrieben. Er brachte die Sorge zum Ausdruck, daß es zu einer Spaltung der Gesellschaft und zu Aggressivität komme. Pfarrer Stolt forderte deshalb das Zusammenwirken aller in der Gesellschaft wirkenden Kräfte bei der Bewältigung dieser Probleme. Die Unternehmer müßten gezwungen werden, Sozialpläne aufzustellen und eng mit den Ämtern für Arbeit zusammenzuwirken. Rechtliche Regelungen seien gegen Schwarz- und Leiharbeit notwendig. Die Gewerkschaften müßten die Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen stärken. Pfarrer Stolt setzte sich für die Bildung kirchlicher Dienste in der Arbeitswelt ein, in Wohngebieten sollen Kommunikationszentren für Betroffene gebildet werden.

Hausbesetzung Unter den Linden

Berlin (ND-Löke). Bleibt das Haus des ehemaligen FDJ-Zentralrates in Berlin Unter den Linden tatsächlich der Jugend erhalten? Zweifel und Befürchtungen über andere, sprich knallharte kommerzielle Nutzungsabsichten waren schon seit Wochen da, jetzt erhielten sie neue Nahrung. Die Rede ging um von Rümern und ganzen Etagen, die vermietet werden sollen, allerdings nicht an Jugendverbände. Als der Runde Tisch der Jugend davon Kenntnis bekam, beschloss die 24 an ihm vertretenen Organisationen einstimmig: Jetzt wird das Haus Unter den Linden 36/38 besetzt! So am Mittwochabend 21.30 Uhr. Auf dem Pflaster vor der Eingangstür prangte am Donnerstag in leuchtendem Gelb: Besetzt vom Runden Tisch der Jugend!

Auf der Pressekonferenz am Donnerstagmittag erklärten Vertreter des Runden Tisches, daß mit dieser Besetzung gefordert wird, das Gebäude als Haus der Jugend zu nutzen. Gleichzeitig wurde gegen den gegenwärtigen Abbau von Rechten der jungen Generation protestiert.

LESERBRIEFE

Wieder Opposition im stillen Kämmerlein?

Wenn endlich gehen wieder die Leute auf die Straße, die im Herbst für eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft in der DDR eintraten? Viele Künstler und Intellektuelle hatten sich damals für Freiheit und Demokratie engagiert, doch die DDR als Anhängsel der BRD, Morgengabe für die CDU, das ist es wohl nicht gewesen? Wo sind diese Leute jetzt? Müssten sie schon wieder im stillen Kämmerlein Opposition üben? Oder dürfen sie noch Stellung beziehen? Es wird höchste Zeit! Ich kann nicht glauben, daß alle Menschen, welche u. a. gegen Korruption eingetreten waren, sich jetzt über die DM korrumpieren lassen.

S. Nutsch, Neue Mühle, 1601

Adenauers Justizopfer nicht rehabilitiert

Jetzt treten Leute, Politiker aller Richtungen auf, kehren ihr „Einheitsbestreben“ heraus. Was mich stört, daß in diesem Taumel keiner an jene Frauen und Männer denkt, die für eine Politik der Verständigung, der Einheit Deutschlands eintraten, als dies noch historisch einfacher war. Damals wurden in der Bundesrepublik Tausende, Arbeiter, Pfarrer, Sportler, Gewerkschafter, Frauen und Männer, verfolgt und in Gefängnisse gesteckt - von den Vertretern jener politischen Kreise, die heute am lautesten von der Einheit schreiben. Bis heute sind diese Opfer der Adenauer-Justiz nicht rehabilitiert. Angesichts der Entwicklung

heutzutage stelle ich die Frage, wann dies geschehen wird? Warum viele dieser Männer und Frauen bis heute um Rentenansprüche kämpfen müssen, ohne daß sich die Politik des Themas annimmt?

Mansfred Demmer, Haam, BRD

41 Unterschriften aus und für Ferienlager

Morgen beenden wir unseren Aufenthalt in KIEZ Einsiedel, früher ZPL „Palmero Togliatti“. Wir Kinder und unsere Gruppenleiter verbrachten hier zehn schöne und erlebnisreiche Tage. Das Ferienlager bot uns dafür alle Voraussetzungen. Mit Besorgnis haben wir über die geplante Auflösung der Ferienlager in Graal-Müritz und in Göhren gelesen. 40 Jahre hieß es „Alles für unsere Kinder“. Dazu gehören eben auch die Ferienlager. Wollt ihr uns nun unsere Ferienlager wegnehmen? Sollen wirklich wir Kinder die Leidtragenden der wirtschaftlichen Krise in unserem Land sein? Wir bitten euch: Denkt an uns Kinder!

41 Unterschriften

Klagen und jammern nicht mehr zu ertragen

Seit mehr als 30 Jahren ist das ND meine Zeitung. Wenn ich heute zum Stift greife, dann, weil ich in den vielen Leserzuschriften, die ihr veröffentlichen, das Klagen und Jammern über Ängste um den Arbeitsplatz, um das, was uns bei einer Währungsunion und Wiedervereinigung so alles bevorsteht, nicht mehr ertragen kann.

Lothar Sörenssen, Hennigsdorf, 1422

Plakat-„Kultur“ auf Sandsteinfassaden

Zur Zeit hinterlassen unsere Städte einen weitaus kulturlosen Eindruck als vor der „Wende“. Der Grund: Mangel an Wahlkampfkultur. Entsprechend dem Maß, in welchem sich die Parteien selbst wichtig nehmen, werden mehr oder weniger Plakate an jede nur erdenkliche Fläche geklebt, selbst vor historischen Sandsteinfassaden wird nicht Halt gemacht. Gegner der betreffenden Partei reißen deren Plakate wieder herunter, neue werden über dem Schandfleck geklebt. Um bestimmte Aussagen zu unterstreichen, hilft man dann noch



dpa: Reparationsfrage wird für Bonn akut

Bonn (ADN). Unter der Überschrift „Reparationsfrage wird für Bonn akut“, schreibt dpa-Korrespondent Klaus Bering:

Mit dem Näherücken der deutschen Einheit wird für Bonn die Frage nach Reparationen für Zerstörungen im zweiten Weltkrieg akut. Einzelne Staaten wie Polen oder Jugoslawien haben ihre Forderungen erneuert, die DDR verlangt kürzlich von Bonn einen Ausgleich für Milliardensummen, die sie an die Sowjetunion gezahlt hat.

Die Bundesrepublik hat solche Ansprüche bisher unter Hinweis auf das „Londoner Schuldenabkommen“ von 1953 abgewiesen. Darin hatte Bonn den drei Westmächten und 30 weiteren Staaten (ohne Ostblock) die Tilgung der deutschen Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit und den Kriegsjahren zugesichert. Die Vertragspartner stellten dafür Reparationsforderungen bis zu einer Regelung nach einem Friedensvertrag zurück.

Diese Lösung wurde durch den „kalten Krieg“ begünstigt. Statt Milliarden zu zahlen, erhielt die Bundesrepublik erhebliche amerikanische Wirtschaftshilfe (Marshall-Plan) und startete in ein Wirtschaftswunder. Ungleich schwerer traf es die DDR, die der sowjetischen Besatzungsmacht einen schweren Tribut entrichten mußte.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte bis zum Londoner Abkommen 1953 etwa zwei Milliarden Mark an Reparationen geleistet, nach heutiger Kaufkraft sogar erheblich mehr. Das Geld kam aus dem deutschen Auslandsvermögen, aus den Erträgen von Demontagen und der Übergabe der letzten Handelsschiffe, die den Krieg überstanden hatten.

Die Verteilung besorgte die 1946 gebildete „Interalliierte Reparations-Agentur“ (IARA), schreibt dpa. Bei der IARA sammelten sich innerhalb eines Jahres Forderungen von 19 Staaten in Höhe von 300 Milliarden Dollar an - die UdSSR nicht eingeschlossen.

Moskau hatte im Pariser Reparations-Abkommen 1946 das Recht erhalten, sich in seiner Besatzungszone, der heutigen DDR, ein Wirtschaftssystem aufzuzwängen zu dürfen, das einen Aufschwung nach dem Muster der Bundesrepublik nicht zuließ.

Während sich für die Bundesrepublik mit dem Londoner Abkommen die Reparationsfrage für unbestimmte Zeit erledigte, mußte die an Einwohnern und Wirtschaftskraft viel kleinere DDR „bluten“. Die Schätzungen ihrer Leistungen an die Sowjetunion liegen zwischen 65 und 100 Milliarden Mark. Offiziell verzichtete Moskau 1954 auf weitere Wiedergutmachung.

Der westdeutsche Historiker Arno Peters rechnete der Regierung Kohl vor, sie müsse der DDR einen „Reparationsausgleich“ von 727,1 Milliarden Mark zahlen - 74,3 Milliarden Grundbetrag plus Zinsen seit 1953. Bonns Finanzminister Theo Waigel nannte die Rechnung „unsensibel“. Der christlich-demokratische Politiker Kurt Biedenkopf befürwortet zumindest westdeutsche Ausgleichszahlungen dafür, daß der DDR ein Wirtschaftssystem aufzuzwängen wurde, das einen Aufschwung nach dem Muster der Bundesrepublik nicht zuließ.

Erinnern wir uns doch, wie es vor vier Monaten in der DDR noch gewesen ist. Eine unüberschaubare Anzahl von hauptamtlichen Funktionären von Parteien und Massenorganisationen, ganz vorn die der SED und des FDGB, haben uns Jahrzehnte eingehämmert, wie, was und wieviel zu leisten ist. Eine Hochleistungsschicht nach der anderen wurde organisiert, eine Zusatzverpflichtung löste die andere ab, alles für das Volk - durch das Volk.

Nach 40 Jahren stellen wir nun fest, der real existierende Sozialismus ist gescheitert. Und nicht nur in der DDR. Wir sollten uns doch einmal die Frage stellen, warum die Millionen Arbeitslose aus der BRD all die Jahre nicht zu uns in die DDR gekommen sind, um mit uns zu arbeiten und zu leben. Bei der Beantwortung werden bestimmt einige ihre Ängste überwinden.

Erinnern wir uns doch, wie es vor vier Monaten in der DDR noch gewesen ist. Eine unüberschaubare Anzahl von hauptamtlichen Funktionären von Parteien und Massenorganisationen, ganz vorn die der SED und des FDGB, haben uns Jahrzehnte eingehämmert, wie, was und wieviel zu leisten ist. Eine Hochleistungsschicht nach der anderen wurde organisiert, eine Zusatzverpflichtung löste die andere ab, alles für das Volk - durch das Volk.

G. Krause, Dresden, 8060

Hilferuf vom Leipziger Südfriedhof

Wir wenden uns an euch mit der Bitte, etwas Öffentlichkeitsarbeit für uns zu leisten, denn wir arbeiten in einem Dienstleistungsbereich, der in der Bevölkerung nicht gut angesehen ist. Wir arbeiten im Krematorium auf dem Südfriedhof in Leipzig, der der größte Friedhof der DDR ist, unter schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Uns fehlen insgesamt neun Arbeitskräfte, um reibungslos und pfeifertätig arbeiten zu können. Das sind in der Woche maximal 90 Urnenfeiern und -beisetzungen, dazu kommen noch 20 Sargfeiern und Aufbahrungen.

Es gibt ja nicht mal eine jährliche Reihenuntersuchung bei uns, obwohl es angebracht wäre beim Umgang mit Verstorbenen. Bis jetzt hat sich nichts getan, und unsere Betriebsleitung unternimmt nichts, um die restlichen Kollegen bei der Stange zu halten. Es spielen schon vier Kollegen mit dem Gedanken, den Betrieb zu verlassen. Wir sind die letzte Instanz im Leben eines Menschen, und wie die letzten werden wir auch behandelt.

H. Schröder, J. Schindler, Leipzig, 7027

Bezirkstage zu sozialen Fragen

Schwerin (ND-Reppich). Beim Übergang von der zentral gesteuerten Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft darf Unsicherheit bei der Erhaltung der Arbeitsplätze nicht zur Existenzgefährdung werden. Dies betonte der Schweriner stellvertretende Ratsvorsitzende Claus Moretto (LDP) am Donnerstag im Bericht des Rates an die Bezirkstagsabgeordneten. Gegenwärtig seien 639 Bürger im Bezirk arbeitslos. Für 26 Berufe besteht ein Umschulungsangebot. Ursula Birkhorst (PDS), Mutter von vier Kindern, machte in eindringlichen Worten darauf aufmerksam, soviel wie möglich von der sozialen Sicherheit der DDR zu bewahren.

Rostock (ND-Massow). Die alten Hansestädte Rostock, Stralsund, Wismar sowie Greifswald haben Sanierung bitter nötig. Entstehende mittelständische Betriebe sowie neue und sich erweiternde private und genossenschaftliche Handwerksstätten sollen als Sanierungsgesellschaften diese Arbeiten übernehmen. Das empfahl am gestrigen Donnerstag der Rostocker Bezirkstag. 100 Anträge auf Zulassungen privater Projektierungs- und Ingenieurbüros liegen vor. Mit Altstadtsanierungen könnte sowohl den Städten und Gemeinden als auch vielen der 1348 Arbeitsuchenden geholfen werden, so Ratsvorsitzender Götz Kreuzer.

PERSONALIEN

Studentin leitet Wahl

Wahlen werden durch demokratisch gebildete Wahlkommissionen geleitet, heißt es in der Verfassung, und an der Spitze der Wahlkommission der DDR steht eine Frau: Petra Blass, 25jährige Forschungsstudentin der Germanistik aus Berlin, Vertreterin des Unabhängigen Frauenverbandes. Glückwunsch an sie, Glückwunsch an die Frauen, die den ihnen gebührenden Platz in der Politik erringen. Nach fast achtstündiger Sitzung: „Ich betrete wirklich politisches Neuland, aber



PETRA BLASS: Es wird anstrengend, aber für unsere Demokratie notwendig und nützlich. Foto: ZB/Zimmermann

das ist vielleicht für diese Aufgabe gerade von Vorteil, weil ich unbelastet an sie herangehe.“ Sie sieht die Wahl nicht nur als Vertrauensbeweis für sich, sondern auch für den Unabhängigen Frauenverband, dem sie sich von Beginn an zugehörig fühlt. Jetzt will sie sich in das Studium der notwendigen Unterlagen stürzen, denn sie befaßt sich sonst mit Literatur und ist also gar nicht „vom Fach“. Aber ihr Fach ist natürlich auch die Demokratie. Übrigens kennt sie das Land: Geboren in Leipzig, aufgewachsen in Lutherstadt Wittenberg, Abitur in Cottbus, Studium in Berlin, wo sie sich zu Hause fühlt. Nebenbei: Sie ist seit einem Jahr auf Arbeitsuche; in ihrem Fach war nichts zu finden. Die nächsten Wochen wird sie über zuwenig Arbeit nicht klagen können. GÜNTER FLEISCHMANN